

## Das Problem mit dem Etikett „selbstgerecht“

Zu: „Lieber ohne die Selbstgerechte“ u. „Wagenknechts neues Gespür für Gemeinsinn“, FR-Politik u. -Feuilleton vom 13. April

### Die Linke sollte sich auf Gemeinsames konzentrieren

Vorweg: Eine bessere Werbung für das neue Buch von Sahra Wagenknecht hätte es für Autorin und Verlag nicht geben können. Noch vor dem offiziellen Erscheinungstermin entbrennt eine hitzige Debatte, die sich im Kern auf die (nicht mehr neue) Auseinandersetzung zwischen der traditionellen Linken und den vielfältigen linksliberalen Bewegungen und Strömungen reduzieren lässt. Statt zu polemisieren, zu polarisieren und zu spalten (diabolus: etwas zwischen uns werfen, spalten), sollte sich die demokratische Linke (Linkspartei, SPD, Grüne und soziale Bewegungen) bei allen Unterschieden auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren. Streitbarkeit, Toleranz und Kompromissfähigkeit werden innerhalb der politischen Linken erforderlich sein, wenn der dringend notwendige Umbau hin zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft sowie die Demokratisierung der

Wirtschaft nicht bis zum Nimmerleinstag verschoben werden soll. Packen wir es endlich an!

Klaus Störch, Flörsheim

### Gegen die Verursacher von Ungerechtigkeit

Wie Thierse ist auch Sahra Wagenknecht klug und vorausschauend in ihrer Kritik an den Links-Illiberalen. Ich bin mit einem Hochschullehrer in Frankreich befreundet und kenne daher das von Caroline Fourest in „Generation Beleidigt“ so treffend und bedrückend geschilderte Geschehen in Frankreich aus erster Hand. Verglichen damit und dem, was in den USA und Kanada geschieht, sind die vor allem von Studierenden Wohlstandskindern getragenen Aktionen zwar noch relativ harmlos, aber in ihrer Gefahr für die Demokratie nicht zu unterschätzen. Eine Partei wie die Linke, die die sozioökonomische Realität im Blick hat, sollte sich nicht zuletzt mit kritischem Blick auf die eigene Vergangenheit – dem Problem stellen und eine Po-

litik entwerfen können, die den Armen und Entrechteten dient, ohne die zu verlieren, die aus nachvollziehbaren Gründen sich für Minoritäten einsetzen.

Natürlich ist das Hauptproblem das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich und die politische Dominanz der Wirtschaftsinteressen. Aber dass Linke selbstverständlich gegen Rassismus, Homophobie, Klimawandel und die schlimme Verschärfung der Asylgesetzgebung sind, sollte außer Frage stehen. Das ändert aber nichts am „altmodischen“ Hauptwiderspruch von Kapital und Arbeit. Sahra Wagenknecht und ihre Partei sollte man aber daran erinnern, dass „Teile und herrsche!“ für das Kapital heute noch gilt und sich das Etikett „selbstgerecht“ nicht gegenseitig zuschreiben, sondern gemeinsam für Gerechtigkeit streiten, vor allem gegen die wirklichen Verursacher von Ungerechtigkeit.

Dr. Ernst Girth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lifestyle-links

## Das genaue Gegenteil von banal

Zu: „Eichmann in Jerusalem, eine Mentalität vor Gericht“, FR-Feuilleton vom 10. April

Reflexartig wird, wenn vom Gerichtsverfahren gegen Adolf Eichmann berichtet wird, die eingängige Formel von der „Banalität des Bösen“ von Hannah Arendt zitiert. Nach Einschätzung der damaligen Prozessbeobachterin hatte Eichmann „überhaupt keine Motive“ und auch seine „Beflissenheit war an sich keineswegs kriminell“. Werner Renz erwähnt zwar im Artikel, dass diese Charakterisierung in Ahrendts 1963 publiziertem Prozessbericht für Furore sorgte und viel Kritik auslöste, aber er lässt unerwähnt, dass sie längst widerlegt ist. Eichmann war gerade kein „Hanswurst“, der mechanisch und emotionslos irgendwelche

Befehle ausführte, sozusagen nicht wissend, was er den Menschen antat, die er in die Vernichtungslager transportieren ließ. In Wahrheit war er ein fanatischer Antisemit und überzeugt von seiner Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt. In den 50er Jahren – im vermeintlich sicheren Argentinien – äußerte er sich in einem Interview mit dem Journalisten und Ex-SS-Offizier Sassen offen zu seiner Tätigkeit als Referatsleiter für „Judenangelegenheiten“. Er bedauerte, nicht effizienter gearbeitet und mehr Juden getötet zu haben.

1961 in Jerusalem vor Gericht wusste Eichmann genau, was für ihn auf dem Spiel stand. Wenn

ihn etwas vor der Hinrichtung retten konnte, dann nur die Inszenierung als reiner Befehlsempfänger und Bürokrat. So präsentierte er sich während der Gerichtsverhandlung. Pedantisch kramte er in seinen Aktenstapel und versäumte nicht, immer wieder unterwürfig zu erwähnen, dass so „die Befehle lauteten“. Und Ahrendt ging ihm auf den Leim und prägte das falsche Bild.

Eichmann war genau das Gegenteil von banal. Als es um sein Leben ging, versuchte er zu täuschen und sich klein zu machen. Nur gut, dass die Richter in Jerusalem nicht auf seine Schauspielkunst hereinfließen.

Rainer Fäßler, Frankfurt

## Die Gesellschaft ist auch hier die Fachwelt

Architektur und Politik: „Bau und Überbau“, FR-Feuilleton vom 13. April

Als streng mathematisch geprägter Geodät schaut man immer neidisch auf die entweder höchstethischen oder philosophischen Ansprüche der Architektur. Lösungen für menschenwürdiges und vorausschauendes Bauen anbietend, stets auch vergangenheitsreflektierend und immer am Puls der Zeit in Umgang mit neuen Baustoffen und deren statischen und nach innen und außen wirkenden gestalterischen Möglichkeiten. Ob Demokratie oder Diktatur, ob Baumhaus oder Megatower – der Architekt ist immer dabei.

Die angesprochene Unschärfe, die einem Geodät nicht bekannt ist, prägt zwangsweise den architektonischen Code. Ob man sich die Mühe machen sollte, sich darüber tiefgründige Gedanken zu machen? Auf un-

sere demokratische Gesellschaft und ihre politischen Entscheider bezogen findet Architektur per se nicht mehr statt. Entweder man versucht krampfhaft, wie mit der „neuen Frankfurter Altstadt“ leider geschehen, scheinbar mittelalterliche Heimeligkeit wieder herzustellen, alte Fassaden wie in potemkinschen Dörfern vor Stahlbeton zu kleben oder eben durch verdrehte und baulich komplexeste Formen dem verglasten Hochhaus noch ein Loch aufzuzwingen. Aktuell kommen noch Nachhaltigkeit und andere geforderte Grundbedürfnisse wie Barrierefreiheit hinzu, die jede/r künstlerisch angehauchte Architekt:in schmerzhaft aushalten muss.

Der von Herrn Kaltenbrunner geforderten Übergabe von öffentlichen Bauten an eine

„Fachwelt“ muss man massiv widersprechen. Die Gesellschaft ist die Fachwelt. Offene und transparente Wettbewerbe sind in einer multimedialen Welt die neue Architektur, so bitter dies auch für hohen Ansprüche der Architekten und Städtebauer sein mag. Es gibt keinen Sinn, einer scheinbar modernen Architektur zu folgen. Sie erscheint im Rückblick meist ziemlich unscharf. Egal wo man hinschaut, es schaudert einen immer wieder: Wie konnte das passieren? Was hat man sich dabei gedacht? Gut gemeint und teuer, aber voll daneben.

Architektur darf eine politische Ordnung durchaus wiedergeben, solange diese demokratisch ist und der Architekt diese „neue“ Fachlichkeit anerkennt.

Reinhold Richter, Obertshausen



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter [frblog.de/lf-20210419](http://frblog.de/lf-20210419)

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: [frblog.de/garten-05](http://frblog.de/garten-05)

### FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert startet seine neue Gesprächsreihe „Göpferts Gäste“ im „Club Voltaire“. Thema diesmal: „Corona-Land, unbekannt: Die Lage in den Betrieben“. Mit Philipp Jacks (DGB Frankfurt/Rhein-Main) und Verónica Romanowski (IG Metall).  
**Dienstag, 28. April, 19 Uhr**

Andreas Schwarzkopf moderiert „100 Tage Biden-Präsidentschaft: Politikwechsel oder Rückkehr zur Vor-Trump-Zeit?“ Darüber diskutieren Wilma B. Liebman (ehem. Vorsitzende der US-Aufsichtsbehörde für Arbeitsbeziehungen), Bastian Hermisson (Heinrich-Böll-Stiftung Washington), Carsten Hübner (ehem. Geschäftsführer Transatlantic Labor Institute) und Wolfgang Lemb (IG Metall). Die Debatte können Sie verfolgen auf: [fr.de/eventvideo](http://fr.de/eventvideo)  
**Mittwoch, 28. April, 19 Uhr**

Stephan Hebel und viele andere sind in der Aufzeichnung einer Veranstaltung vom 11. April zu sehen, bei der es Julian Assange und die Bedrohung der freien Meinungsäußerung ging: „Assange – Fragmente einer Unzeit“. Eine Matinee beim Ensemble Modern mit Musik und Diskussion. Kostenlos abrufbar.  
**Bis Dienstag, 11. Mai**  
**[www.FR.de/utopisch](http://www.FR.de/utopisch)**

## Digitale Analphabeten

Digitalität: „Viele sind sich der Chancen nicht bewusst“. FR-Magazin v. 19. April

In fast allen internationalen Vergleichen, auch in der groß angelegten Studie ICILS, wird deutlich, dass die digitalen Kompetenzen (Digital Literacy) von Schülerinnen in Deutschland meistens unter dem weltweiten Durchschnitt liegen. Und diese weit verbreiteten Wissenslücken sind nicht nur in den Schulen zu beobachten: Es gibt einen weit verbreiteten digitalen Analphabetismus, der verhindert, sich kompetent mit Fragen der digitalen Revolution auseinander zu setzen.

Das ist aber bitter nötig: Bei der Entwicklung der digitalen Kompetenzen geht es nicht darum, Menschen zu halbwegs funktionierenden AnwenderInnen und fit für die Wirtschaft zu halten (Bundesministerium für Bildung und Forschung). Es geht um die Fähigkeit, aktiv die Kultur der Digitalität zu gestalten.

Durch die Bundesregierung könnten Bildungsinitiativen das Wissen um digitale Strukturen erweitern. Ein erster Schritt z.B. wäre, die Kaffeesatzleserei des Tages „Börse vor Acht“ zu ersetzen durch eine informative Sendung zu digitalen Themen. Es gab früher „Der 7. Sinn“, der die Verkehrssicherheit erhöhte. So sollte auch die Sicherheit in der Digitalen Revolution erhöht werden.

Und auch auf hessischer Landesebene gibt es praktische Vorschläge für die Schulbildung, unter anderem: die Einführung informatischer Bildung ab der ersten Klasse (in Großbritannien wird dies seit langem mit Erfolg praktiziert); endlich die Verabschiedung eines angemessenen Kerncurriculums (Lehrplan) Informatik für die Sek I in Hessen (warum bis jetzt Informatik in der Mittelstufe nicht allgemeines Unterrichtsfach ist, ist unerklärlich); eine umfassende Weiterbildungsoffensive für LehrerInnen in Hessen. Das bis jetzt vorhandene Stückwerk ist vollkommen unzureichend, die Pandemie hat deutlich gezeigt, wie LehrerInnen in den letzten Jahren mit der Bewältigung der digitalen Änderungen allein gelassen wurden.

Axel Stolzenwaldt, Königstein

### Hessen vorn, das war einmal

Die gegenwärtige Krise bringt Einiges an Defiziten an den Tag. Ein besonders drastisches Beispiel möchte ich mitteilen: Gestern versuchte ich im Rahmen einer Online-Anzeige, der hessischen Polizei zwei Fotos zukommen zu lassen. Ich hatte mich schon darauf eingestellt, die beiden Fotos einzeln zu versenden. Aber auch das scheiterte. Mir wurde mitgeteilt, dass mit einem Handy-Foto und etwas Text die maximale Dateigröße schon überschritten war. Heute Morgen habe ich die beiden Ausdrucke mit dem Rad zur zuständigen Polizeistation gefahren.

Im Jahr 2021 ist das ein Armutzeugnis für den Stand der Digitalisierung in unserem Land. Hessen vorn – das war einmal.

Herbert G. Just, Wiesbaden